



# UMWELT

von Prof. Dr. HERMANN KNOFLACHER

## Weit weg von der Kontrolle der Bürger fließt ihr Geld

Betrug und Korruption sind eine ernste Bedrohung für die Sicherheit und finanziellen Interessen der Europäischen Union“, steht auf einer EU-Webseite unter „Zusammenfassung der EU-Gesetzgebung“.

Man würde daher als Europäerin und Europäer annehmen, dass in der EU-Kommission, wo ohnehin überbezahlte Personen ihre Pfründe haben, auf absolute Korrektheit größter Wert gelegt wird und entsprechende Sanktionen ergriffen werden. Leider ist das nicht so, sondern das Gegenteil scheint der Fall zu sein.

„Der Skandal im Europaparlament zeigt einmal mehr, wie gefährlich Korruption sein kann, wenn Staaten damit Interessen durchsetzen wollen. Bestechung als Mittel von Außenpolitik ist ein wachsendes Risiko“, schreibt Silvia Stöber auf der Internetseite der Tagesschau am 22.12.2022.

Es ist daher umso erstaunlicher, mit welcher Leichtigkeit und Selbstverständlichkeit die EU-Kommissionspräsidentin mit Geld umgeht. Geld, das ihr nicht gehört, sondern von der Bevölkerung erarbeitet werden muss. Der im Zusammenhang mit den „Pandora-Papers“ in Bedrängnis geratene Präsident der Ukraine scheint besonders gute Beziehungen zu Frau von der Leyen zu haben. Sie kündigte kürzlich eine Milliarden-Auszahlung an die Ukraine an.

Und das unter Umständen, in denen selbst mancher sonst zurückhaltender Berichterstatter seine Zweifel äußert, wieviele von den Waffen aus dem Westen wohl den Weg zu den Truppen finden. Der EU-Rechnungshof schrieb sogar im Jahr 2021 einmal: „Ukraine: EU-Hilfe für Reformen ist unwirksam gegen Korruption auf höchster Ebene“.

Leicht hat es die Präsidentin auch privat nicht. Von 320 Millionen Euro aus dem Corona-Wiederaufbaufonds der EU, die an eine medizinische Stiftung in Padua (Italien) „flossen“, gingen 383.000 Euro direkt weiter an die Firma Orgensis Italia. Dort ist ihr Ehemann, Heiko von der Leyen, medizinischer Direktor, er saß aber auch im Aufsichtsrat der Stiftung.

Er legte just an jenem Tag, dem 26. Oktober, seinen Stiftungs-Posten zurück, an dem Francesca Donato, italienische parteilose Abgeordnete des EU-Parlaments, einen Beschwerdebrief an die Vorsitzende des Corona-Sonderausschusses schickte.



Gut 600.000 Menschen haben das „Manifest für Frieden“ schon unterschrieben. Die Frauenrechtlerin Alice Schwarzer und die Politikerin Sahra

Sie sind viele, aber sie werden selten gehört. Jene, die auf Verhandlungen setzen und auf Friedensgespräche. Alice Schwarzer, 80, will das ändern: „Wir müssen sichtbar werden und eine Stimme bekommen.“ Gemeinsam mit der „Linken“-Politikerin Sahra Wagenknecht, 53, hat sie das „Manifest für Frieden“ verfasst. ([www.change.org/p/manifest-für-frieden](http://www.change.org/p/manifest-für-frieden))

Gut 600.000 Menschen haben die Petition schon im Internet unterschrieben. „Die von Russland brutal überfallene ukrainische Bevölkerung braucht unsere Solidarität“, heißt es darin. „Aber was wäre jetzt solidarisch? Wie lange noch soll auf dem Schlachtfeld Ukraine gekämpft und gestorben werden?“

Die „Eskalation der Waffenlieferungen“ muss gestoppt werden, fordern Schwarzer und Wagenknecht in Richtung des deutschen Kanzlers Olaf Scholz. „Wir müssen jetzt der Ukraine helfen, das Sterben zu stoppen. Verhand-

lungen statt Panzer“, ruft Alice Schwarzer zum Handeln auf. Von ÖVP-Kanzler Karl Nehammer gibt es zu diesem Friedens-Aufruf keinen Kommentar.

Die Friedens-Petition hat prominente Unterstützer, etwa die Publikumsblinde Jutta Speidel, Katharina Thalbach und Henry Hübchen. Aber auch der Musiker Reinhard Mey hat das Manifest unterschrieben, ebenso wie der Künstler Gottfried Helnwein und Günter Verheugen, der frühere Vizepräsident der EU-Kommission, sowie die Theologin Margot Käßmann. Sie meinte schon im Sommer in der WOCHE: „Noch mehr Waffen werden keinen Frieden schaffen, sondern nur das Leid vergrößern.“ Am



Sahra Wagenknecht